

Sechs heiße Tipps gegen Schwarzarbeit

Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung setzen der Wirtschaft – und hier vor allem dem Handwerk – in ungeheurem Maße zu. Nach zuverlässigen Schätzungen hat die Schwarzarbeit mittlerweile einen Anteil von 16 Prozent am Bruttoinlandsprodukt. Mit ihr werden jährlich rund 335 Milliarden Euro erwirtschaftet.

Experten sprechen davon, dass die Schwarzarbeit der momentan einzig boomende Wirtschaftssektor in Deutschland sei.

Diese Forderungen haben die bayerischen Zimmererverbände zur Bekämpfung der Schwarzarbeit aufgestellt:

- effektivere Verfolgung der einzelnen Straftatbestände wie Leistungsmissbrauch, Verstoß gegen das Handwerksrecht, illegale Beschäftigung. Es wird eine enge Koordinierung der getrennt agierenden Verfolgungsbehörden – Hauptzollämter, Ordnungsämter, Arbeitsämter – vorgeschlagen, um eine konstant wirkungsvolle Arbeit zu gewährleisten;
- schärfere Ahndung der verschiedenen Straftaten;
- Bewusstseinsänderung in der Gesellschaft, zum Beispiel durch Öffentlichmachung der einzelnen Fälle;
- Abschreibungsmöglichkeiten der Bauleistungen für Privatleute;
- Senkung des Regelmehrwertsteuersatzes von 16 auf 5 Prozent für arbeitsintensive Leistungen; dies entspricht einer EU-Richtlinie, die bereits mit Erfolg in Frankreich und Italien umgesetzt wurde.
- Reduzierung der Lohnzusatzkosten.



Zimmerer sind gefragte Leute. Doch wer soll die vom Verbraucher hochgeschätzte Qualitätsarbeit leisten, wenn mehr und mehr Zimmerer-Betriebe wegen der schlechten Konjunktur schließen? Foto: ZDB

Lohndumping – ein Problem, das alle angeht

Zimmerer wehren sich mit einer groß angelegten Protest-Aktion
Mannigfache Ursachen / Gesamtgesellschaftliche Angelegenheit

(LS) Das Baugewerbe steckt in einer tiefen konjunkturellen Krise. Bis zum Jahresende 2002 werden weitere rund 100.000 Handwerker ihren Arbeitsplatz verlieren – die allermeisten von ihnen im Bausektor. Betroffen ist vor allem auch das Zimmerer-Handwerk, eine der wichtigsten Branchen im Bauhauptgewerbe. Verantwortlich für die Misere ist eine Entwicklung, die sich unter dem Stichwort „Lohndumping“ zusammenfassen lässt. Doch das Problem hat mannigfache Ursachen. Und es ist kein Pro-

blem des Handwerks allein, sondern wird mehr und mehr zu einer gesamtgesellschaftlichen Angelegenheit. „Wer sich nicht wehrt, wird weggekehrt“, heißt eine alte Weisheit. Die bayerischen Zimmerer, traditionell Vorreiter ihres Berufsstands, wehren sich mit einer groß angelegten Aktion gegen Lohndumping, dessen Auswirkungen im Übrigen durch die Arbeitsförderung Ost noch verschärft werden. Über die einzelnen Facetten des Themas berichten die Beiträge auf dieser Seite.

Ostdeutsche Zimmerer: Kollegen – nicht Gegner

VBZH sprechen sich deutlich für Lohnangleichung aus

(LS) Die Kampagne ist außergewöhnlich, hat Vorbild-Charakter: Am 14. und 15. Juni 2002 veranstalteten die Verbände des Bayerischen Zimmerer- und Holzbaugewerbes (VBZH) Informationsveranstaltungen in fünf nordostbayerischen Städten, in Regionen, die sich in direkter Nachbarschaft zu den Bundesländern Thüringen und Sachsen befinden. In den Stadtzentren führten die Veranstalter Gespräche mit Passanten, Präsidiatsmitglied Theo Bippus hielt stellvertretend für VBZH-Präsident Georg König eine Grundsatzrede, Handwerker in Zimmerer-Kluft sorgten für Authentizität, zwölf „Litomobile“ mit Großflächen-Plakaten avisieren, worum es geht: Lohndumping.

So wie ihre Kollegen im nördlicheren ehemaligen Zo-

nenrandgebiet sehen sich die bayerischen Zimmerer zunehmend der Konkurrenz aus den neuen Bundesländern ausgesetzt, die ihre Leistungen aufgrund wesentlich niedrigerer Lohnkosten erheblich billiger anbieten kann. Gleichwohl betont das Präsidium der VBZH, dass man die ostdeutschen Zimmerer-Betriebe keineswegs als Gegner betrachte, sondern als Kollegen, die bedauerlicherweise ihrerseits bald das Eindringen osteuropäischer Billigfirmen in die angestammte Region zu spüren bekommen würden. Eine unumgängliche Maßnahme, um die Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen, ist laut den Verbänden des Bayerischen Zimmerer- und Holzbaugewerbes, das Lohnniveau in Ostdeutschland dem im Westen schnellstmöglich anzugleichen.

Kommt die Tariftreue per Gesetz?

(LS) Dass Bund, Länder und Kommunen darauf achten, Bauaufträge nur an solche Unternehmen zu vergeben, die ihren Mitarbeitern den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn zahlen, ist die Grundvoraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Zimmerer-Handwerks und der Baubranche insgesamt. Entsprechend hat der Deutsche Bundestag im April dieses Jahres das so genannte Tariftreugesetz verabschiedet, das auf den Bausektor und den Personennahverkehr Anwendung finden soll. Bei rechtswidrigen Entscheidungen sollen gegenüber dem Auftraggeber drastische finanzielle Strafen ausgesprochen werden können. Gegenwärtig wird das Gesetz im Bundesrat von den unionsregierten Ländern blockiert. In Bayern ist es in Form eines (Auftrags-)Vergabegesetzes de facto in Kraft.

Neuer Rekord bei Konkursen

Das Baugewerbe ist eine Schlüsselbranche für die Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland. Umso härter trifft das Betriebssterben das Land insgesamt. Der bisherige Pleitenrekord des Jahres 2001 mit rund 4.900 angemeldeten Insolvenzen im Bauhauptgewerbe scheint nicht mehr lange Bestand zu haben. Rechnet man die Konkurse des ersten Quartals 2002 aufs ganze Jahr hoch, dann wird es mit zu erwartenden 6.000 Insolvenzen noch einmal eine Steigerung um 25 Prozent geben. In Verbindung damit ist die Mitarbeiterzahl in der Branche erstmals unter den magischen Wert 900.000 gefallen. Zurzeit gibt es im Baugewerbe nur noch etwa 850.000 Beschäftigte.

Mehr denn je ist die öffentliche Hand gefordert

Generell – und gerade zum Schutz vor ausländischen Billiganbietern – gelte es, die öffentlichen Auftraggeber, zum Beispiel Städte und Gemeinden, auf die Tariftreue zu verpflichten. Das heißt, es dürften ausschließlich Unternehmen am Bau beauftragt werden, die die Mindestlohnregelung für ihre Mitarbeiter einhalten. Allzu schlanke kommunale Kassen führten allzu oft dazu, das absolut billigste Angebot anzunehmen, argumentieren die Verbände des Bayerischen Zimmerer- und Holzbaugewerbes (VBZH).

Die VBZH weisen darauf hin, dass die ortsansässigen Unternehmen schließlich diejenigen seien, die die Gewerbesteuer bezahlten – nicht auswärtige Firmen. „Nur bei 10 Prozent aller abgegebenen Angebote erhalten Zimmerer-Betriebe, sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich, den Zuschlag für einen Bauauftrag“, bemängelt VBZH-Präsident Georg König.

Extrem billig sollte ins Auge stechen

Den öffentlichen Auftraggebern schreibt König ins Stammbuch: „Es muss doch ins Auge stechen, wenn von mehreren Angeboten für ein Bauprojekt einige extrem billig ausfallen, so dass eine Kostendeckung mit regulären Arbeitskräften überhaupt nicht zu erzielen ist. Über das Verfahren, nach Möglichkeit stets den billigsten Anbieter zu engagieren, muss dringend nachgedacht werden. Im Zweifelsfall sollte der Billiganbieter zurückgewiesen werden.“ Wichtig sei vor allem auch, so König, dass die öffentliche Hand die Kontrolle ihrer Auftragnehmer verbessere.



Riesiges Lohn- und Kostengefälle innerhalb Europas

(LS) Chancengleichheit zwischen europäischen Unternehmen gibt es am Bau nur theoretisch. Allein schon die Höhe der Lohn- und Lohnzusatzkosten verringert die Wettbewerbsfähigkeit westdeutscher Firmen drastisch. Die unten stehende Tabelle, die zeigt, aus welchen Posten sich der Stundenverrechnungssatz – also der Betrag, der dem Kunden letztendlich berechnet wird – zusammensetzt, spricht eine klare Sprache. Ostdeutsche Unter-

nehmen können ihre Leistungen schon erheblich billiger anbieten als Firmen aus den alten Bundesländern, im Vergleich dazu bewegen sich die Preise ausländischer Betriebe allerdings nicht selten im untersten Dumping-Bereich. Die Durchschnittslöhne im Baugewerbe liegen in den mittelost- und osteuropäischen Staaten bei gerade einmal 13(!) Prozent des Mittels in der Europäischen Union.

Angaben in Euro	alte Bundesländer Mindestlohn		neue Bundesländer Mindestlohn	
	Zuschlag*		Zuschlag*	
Tariflohn	--	9,26	--	8,14
Bauzuschlag	--	0,54	--	0,49
Gesamttarifstundenlohn	--	9,80	--	8,63
Vermögenswirksame Leistungen	--	0,25	--	--
Basislohn (Grundlohn)		10,05		8,63
Lohngebundene Kosten	83,10 %	8,35	71,06 %	6,13
Lohnabhängige Kosten (Werkzeug)	3,00 %	0,30	3,00 %	0,26
Lohnnebenkosten (Fahrt / Verpflegung)	2,50 %	0,25	2,50 %	0,22
Allgemeine Geschäftskosten	101,00 %	10,15	101,00 %	8,72
Selbstkosten	--	29,10	--	23,95
Wagnis und Gewinn	6,00 %	1,75	6,00 %	1,44
Stundenverrechnungssatz	--	30,85	--	25,39
Mehrwertsteuer	16,00 %	4,94	16,00 %	4,06
Stundenverrechnungssatz inklusive Mehrwertsteuer	--	35,79	--	29,45

* Durchschnittswerte; Stand: 1. September 2001
Quelle: ZDB (Zentralverband des Deutschen Baugewerbes)
VBZH (Verbände des Bayerischen Zimmerer- und Holzbaugewerbes)

Mit insgesamt 12 „Litomobilen“ machten sich die bayerischen Zimmerer auf den Weg durch Unterfranken, Oberfranken und die Oberpfalz. Jeweils zwölf Kleinlaster steuerten Bad Neustadt, Coburg und Hof beziehungsweise Marktredwitz und Cham an. In den Innenstädten wurden regelrechte Wagenburgen gebildet, die das Motto der Info-Veranstaltungen weithin sichtbar machten: „Lohndumping vernichtet bayerische Zimmerer-Betriebe. Arbeitsplätze und Qualität statt Billigpreise.“ Foto: VBZH

Nur Umsätze bringen Steuern

Ausschließlich Betriebe, die Umsätze erwirtschaften, können auch Steuern und Abgaben bezahlen. Diese nachvollziehbare Regel werden sich öffentliche und private Bauherren wahrscheinlich noch leichter zu eigen machen, wenn sie folgende Fakten berücksichtigen:

Jede am Bau – in die Leistungen solider Unternehmen – investierte Milliarde Euro bringt

- ein um 2,3 Milliarden Euro gesteigertes Bruttoinlandsprodukt,
- zusätzliche Sozialversicherungsbeiträge in Höhe von 150 Millionen Euro,
- 250 Millionen Euro Minderausgaben für soziale Leistungen,
- Steuermehreinnahmen von 240 Millionen Euro.

Durch die Hauptzollämter festgestellte illegale Stundenverrechnungssätze in Euro

Scheinselbstständige Arbeitnehmer aus Großbritannien	20 - 23
Illegal tätige deutsche Betriebe / Arbeitnehmer	15 - 23
Polnische Betriebe	16 - 23
Osteuropäische Betriebe	14 - 20
Neu: russische Betriebe	circa 10